

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zl., monatlich 4,80 zl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 zl., monatlich 5,39 zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 zl., Danzig 8 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr., die einseitige Zeile 125 gr., Doppelseite 250 gr., Danzig 10 bzw. 80 Da. Pl. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigerem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postfachkonten: Polen 202 157, Danzig 2528, Sietlin 1847.

Nr. 118.

Bromberg, Donnerstag den 26. Mai 1932.

56. Jahrg.

Des Fronleichnamfestes wegen wird die nächste Nummer dieser Zeitung am Freitag, dem 27. Mai, nachmittags, ausgegeben.

Die Mächte und Lausanne.

Von Paul Oskar Seidl.

Die völlige Ansichtlosigkeit für Deutschland, auch im Falle einer französischen Linksinregierung mit einer irgendwie veränderten französischen Außenpolitik rechnen zu können, wird am schlagendsten durch die Äußerungen sozialdemokratischer Führer zu den Gegenständen der Lausanner Konferenz bewiesen. Bei diesem am meisten pazifistischen Flügel eines Linkskartells unter Führung Herriots und Beteiligung der Sozialdemokraten bestehen für die Fortsetzung der Tributflaveret Deutschlands genau die gleichen, auch in der Form ebenso scharfen Anschauungen wie bei Tardieu, der immer noch Ministerpräsident ist.

Kein Geringerer als Paul-Boncour legte in einer Pfingstrede dar, daß die Lausanner Tributbesprechung infolge der Rede Brünnings unter sehr ungünstigen Vorzeichen beginne. Angesichts der Haltung Deutschlands sei es ein Rätsel, wie der französische Standpunkt mit dem Programm der europäischen Zusammenarbeit vereinbart werden könne, ohne daß Frankreich allein die Kosten zu tragen habe. Nach dieser Rede des französischen Marxisten fragt man sich, was sich in Frankreich erst ereignen muß, ehe seine führenden Staatsmänner begreifen, daß sie nicht Tribute auf Tribute häufen können, wenn die ganze Welt die Kosten ihrer Politik zu tragen hat.

Im Augenblick sehen wir nur das gänzliche Scheitern der Erfüllungspolitik, deren letztes Ziel doch schließlich darin bestand, bei dem Gegner die Einsicht zu erwecken, daß es keine Erfüllung des Versailler Gewaltvertrages geben kann. Durch seine Fraktionen vermittelte der Versuch zur Kommerzialisierung der sogenannten Wiedergutmachungsribüne im Dawesvertrag und im Youngplan gelangten wir über den tatsächlichen Zusammenbruch, die innere Unhaltbarkeit der finanziellen und — wie die nationale Bewegung beweist — seelischen Lage Deutschlands sogar weit hinaus und stehen in einer Weltkrise, die selbst England und die Vereinigten Staaten nicht mehr verschont. Trotzdem sind wir von der Erlösung Frankreichs auf der ganzen Linie noch genau so weit entfernt wie 1918.

Die Kanzlerrede ließ die Hoffnung durchblicken, daß Deutschland in Lausanne auf den Beistand Englands und Italiens rechnen könne. Amerika nimmt ja nicht amtlich teil. Schon eine sehr flüchtige Betrachtung der englischen Politik erweist die Auffassung Brünnings als übertrieben optimistisch für den Fall England. Der Kanzler konnte natürlich nicht ausführlich begründen, worauf er seine freundliche Beurteilung der englischen Absichten stützt. Es besteht aber die Möglichkeit, daß Macdonald ihm in Genf während der Kehltopffrankheit Tardieus einige Hoffnungen gemacht hat. Das besagt aber noch lange nicht, daß das Foreign Office, das immer viel deutschfeindlicher gewesen ist als die Regierungsmänner, den Genfer Wechsel Macdonalds in Lausanne einzulösen gedenkt. Gerade das englische Auswärtige Amt läßt unermüdlich, täglich neue Versuchsbällons steigen, um die internationale Atmosphäre für einen neuen Überbrückungskredit zugunsten Deutschlands zu erschöpfen. Grundgedanke dabei ist die Überbrückung der Weltkrise durch Geldbereitstellung für Deutschland, bis „bessere Zeiten“ die Wiederaufnahme einer beschränkten Tributzahlung, eines reinen Frankreich-Tributes von 250 bis 300 Millionen Mark erlauben.

Selbst in den Gemütsheilanstalten Deutschlands könnte man heute keine Regierung mehr mit Gewalt zusammen-treiben, die für einen derartigen Wahnsinnplan eintreten möchte. Deutschland leidet nicht unter Mangel an Krediten, sondern unter einem Überschuß von Zins- und Tilgungsverpflichtungen. Weder in Europa noch in Amerika gibt es heute einen Menschen, der das Geheimnis klären könnte, woher Deutschland bei einem Außenhandelsüberschuß, der günstigenfalls eine Milliarde Mark nur wenig überschreitet, die 1,8 Milliarden Mark Devisen bekommen soll, die es im Verlauf des Jahres an Tilgung und Verzinsung von Stillhalte-krediten, internationalen Zwangsanleihen und langfristigen Krediten aufwenden muß. Vermutlich bleibt aber der Ausfuhrüberschuß angesichts des erbitterten Welt-Koll- und Denikenkampfes, der im Endergebnis nichts anderes als ein wilder Krieg gegen die deutsche Ausfuhr ist, hinter dieser Vorausschätzung weit zurück.

Damit gelangen wir zu Amerikas Haltung gegenüber Lausanne. Seine Zollpolitik, die sich zwangsläufig schon aus dem Dawesvertrag ergab, war niemals etwas anderes als die Niederkämpfung der deutschen Ausfuhr, obwohl die internationalen Tributverträge als Tribut-quelle ausschließlich eine zusätzliche Ausfuhr Deutschlands angeben. Amerika sabotierte diese Verträge durch eine wahrhaft mörderische — heute sogar selbst-mörderisch wirkende — Zollpolitik und trifft nicht die mindesten Anstalten, zurückzupflocken. Mit der französisch-

amerikanischen Einheitsfront gegen jede grundlegende Änderung wird Deutschland auch in Lausanne zu kämpfen haben. Als Plus bleibt allein Italien, als sicheres Plus. Mussolini ist der einzige verantwortliche Staatsmann, der ebenso wie Deutschland selbst die Änderung des Versailler Gewaltvertrages und die restlose Streichung der Tribute will. Selbstverständlich ergänzt er diese Forderungen um die Streichung der Schulden. Darin begegnet er sich mit der amerikanischen Verwaltung, die — umgekehrt wie in England — eine Erleichterung der Lage Europas und Deutschlands herbeiführen will, wie sie Hoover nicht offen anzustreben wagt.

Brünnings Generalbericht im Auswärtigen Ausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat am gestrigen Dienstag vormittag unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Fricke (Nat.-Soz.) zusammen. Außer dem Reichskanzler nahmen auch Reichsverkehrsminister Treviranus und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow sowie Botschafter Radolny und zahlreiche Reichsratsmitglieder an der Sitzung teil. Reichskanzler Dr. Brüning ergriff sofort das Wort, um eine ausführliche Darstellung der hauptsächlichsten außenpolitischen Probleme zu geben: Genfer Verhandlungen, Tribute, Auslandsschulden, Abrüstung, Donauprobem, Memelland und Danzig.

Nach dem Reichskanzler nahm als erster Diskussionsredner das Wort der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Rosenbergs.

Bericht an Hindenburg.

Staatssekretär Meißner, der Leiter des Bureaus des Reichspräsidenten, ist gestern abend zum Vortrag über die Arbeiten des Reichskabinetts nach Neudeck zum Reichspräsidenten geehrt. Der Reichskanzler wird Hindenburg erst am Sonntag nach dessen Rückkehr nach Berlin sprechen.

Eröffnung des Preußenlandtags.

Nur formelle Sitzung.
Präsidentenwahl auf Mittwoch vertagt.

Berlin, 24. Mai. Die Eröffnungssitzung des neuen Preussischen Landtages begann um 3 Uhr nachmittags. Sie nahm im allgemeinen einen ruhigen Verlauf. Bereits mehrere Stunden vor der Eröffnung der Sitzung waren die Tribünen für Publikum und Presse bis auf den letzten Platz besetzt. Die Plätze der Abgeordneten boten ein vollständig verändertes Bild. Die eine Hälfte des Saales war von den Nationalsozialisten eingenommen. Die allgemeine Aufmerksamkeit lenkte die Anwesenheit des Prinzen August Wilhelm auf sich, der seinen Platz neben Dr. Goebbels einnahm. Die linke Seite des Saales wurde vom Zentrum und den Sozialdemokraten eingenommen. Auf der gleichen Seite saßen die Kommunisten. Den Vorsitz führte der Alterspräsident General Rihmann (Nationalsozialist), den die Kommunisten mit Rufen wie „Fort mit den Generälen!“ empfingen. Der von den Kommunisten eingebrachte Dringlichkeitsantrag, dem Kabinett Braun das Mißtrauen auszusprechen, wurde ohne Diskussion abgelehnt. Die dem Landtag vorgelegte Tagesordnung für die morgige Sitzung, in der u. a. die Wahl des Landtagspräsidenten vorgezogen ist, wurde angenommen. Ein Antrag der Kommunisten, die Diskussion über den Antrag auf Ungültigkeitserklärung jeglicher Kürzung der Arbeitslosen-Unterstützungen zu eröffnen, wurde angenommen. Der Landtag vertagte sich darauf auf Mittwoch.

Für die Wahl des Landtagspräsidenten.

Die am heutigen Mittwoch erfolgt, sind drei Kandidaten angemeldet: der Nationalsozialist Kerrel, der Sozialdemokrat Wittmack und der Kommunist Pieck. Keiner dieser Kandidaten wird im ersten Wahlgang eine Mehrheit bekommen, wenn nicht zwischen Nationalsozialisten und bürgerlichen Parteien eine Einigung erzielt werden sollte.

Wenn der erste Wahlgang ohne Entscheidung bleibt, muß eine Stichwahl zwischen den Kandidaten erfolgen, die verhältnismäßig die meisten Stimmen haben, d. h. zwischen Kerrel und Wittmack. Da die Kommunisten auch in einer solchen Stichwahl Zettel für ihren praktisch ausgeschalteten Kandidaten Pieck abgeben wollen, würden ihre Stimmen als ungültig aus der Entscheidung ausgeschieden. Gewählt wäre dann in der Stichwahl, wie die „Voss. Ztg.“ schreibt, der Kandidat, der die meisten gültigen Stimmen hat, d. h. der Nationalsozialist Kerrel, für den auch die kleinen Parteien der Rechten stimmen wollen.

Ein solches Ergebnis könnte bei dem Fehlen von Vereinbarungen nur verhindert werden, wenn die gesamten Mittelparteien und die Sozialdemokraten durch Abmarsch aus dem Saal das Haus beschlußunfähig machen würden. Sollte es zu einer Kampfwahl mit Beschlußunfähigkeit des Hauses kommen, so wäre die Möglichkeit einer etwa achtstägigen Landtagsvertagung gegeben, damit in dieser Frist die Parteien über die Befetzung des Präsidiums Verhandlungen führen können.

Die Lage in Deutschland

durch die englische Brille gesehen.

London, 24. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Unter der Überschrift „Die deutsche Verfassung in schwerer Gefahr“ beschäftigt sich das Rothermere-Blatt „Daily Mail“ in großer Aufmachung mit der preussischen Kabinettskrise. Das Unvermögen des preussischen Landtages, einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen, sei ein Wahrzeichen der Krankheit, die das Leben von Deutschland vergifte: der Mangel an Einheit. Die Frage sei nicht mehr die, ob Dr. Brüning in Gefahr sei, sondern ob die gegenwärtige Regierungsform überhaupt noch aufrechterhalten werden könne. Ein Mitglied der Zentrumspartei äußerte sich dem Berliner Berichterstatter der „Daily Mail“ gegenüber dahin, daß die Nationalsozialisten möglicherweise alles tun würden, eine Auflösung des Preussischen Landtages herbeizuführen in der Hoffnung, bei Neuwahlen die Mehrheit zu erhalten. Moskau erlaubt zurzeit den Kommunisten nicht, den Nationalsozialisten zu helfen. Aber Moskau kann seine Ansichten ändern, wenn es denke, daß ein günstiger Augenblick für die deutschen Kommunisten gekommen sei, ihre Zahl im Parlament zu vergrößern. „Daily Mail“ meint hierzu, daß unter solchen Umständen eine Koalition zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum natürlich schwer durchzuführen wäre. Die Lösung der gegenwärtigen Krise würde möglicherweise eine Diktatur oder ein Drei-Männer-Mat sein. Schleicher und Hitler würden den Apparat für eine diktatorische Regierung bereit und in bester Ordnung vorfinden.

Die „Times“ führen die Äußerung der „D. A. Z.“ an, daß selbst eine völlige Streichung der Tribute in Lausanne Brüning nichts mehr nützen werde, da das deutsche Volk die Tributstreichung schon als Sicherheit ansehe. „Times“ meinen dazu, diese Äußerung sei lehrreich im Vergleich mit der offen im Auslande geäußerten Meinung, daß eine endgültige Lösung der Tributfrage der Ungewißheit und dem Mißtrauen von heute ein Ende machen werde.

Die liberale „News Chronicle“ betrachtet demgegenüber die politische Lage in Deutschland als ruhig und spricht von einem innerpolitischen Waffenstillstand bis nach der Lausanner Konferenz. Hitler habe seine Hoffnung, Kanzler zu werden, scheinbar zurückgestellt und wolle Brüning noch eine Galgenfrist bis Ende Juni gewähren.

Die Notverordnungen bleiben.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages nahm gestern die Abstimmung über die Anträge der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten auf Aufhebung aller seit dem 1. September 1930 erlassenen Notverordnungen oder einzelner von ihnen vor. Sämtliche Aufhebungsanträge wurden mit 18 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Auch die Deutsche Volkspartei stimmte mit den Antragstellern.

Hitler Heil — Hitzefrei!

Unter der Überschrift „Heil Hitler im deutschen Gymnasium zu Posen“ brachte der „Kurjer Poznański“ in seiner Sonnabend-Ausgabe eine kurze Meldung, die auch von anderen nationaldemokratischen Blättern übernommen wurde, daß Schüler des deutschen Gymnasiums in der Pause laute Hochrufe auf Hitler ausgestoßen hätten. Man habe den Eindruck gehabt, daß diese Rufe auf ein deutliches Kommando wiederholt worden wären und zwar derart, daß sie auf der Straße zu hören gewesen seien. Dieser Vorgang sei ein „sprechendes Beispiel dafür, in welchem Geiste die deutsche Gymnasialjugend in Polen erzogen würde.“

Das nationaldemokratische Posener Blatt hat sich seines Triumphes nicht lange freuen können. Denn es ist ihm vom Direktor des deutschen Gymnasiums, Herrn Bogt, eine Verächtigung zugegangen, die folgendermaßen lautet: Im Zusammenhang mit der Notiz des „Kurjer Poznański“ vom 21. d. Mts. in Nr. 228 unter der Überschrift „Heil Hitler im Deutschen Gymnasium zu Posen“ bitte ich, unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes, nachfolgende Verächtigung an sichtbarer Stelle in der nächsten Nummer zu veröffentlichen:

„Es ist nicht wahr, daß die deutschen Gymnasialisten in der Pause laute Rufe „Heil Hitler“ (Czeski Hitlerowi) ausgestoßen hätten, und daß nach der Pause die jungen Hitlerleute dieselben Rufe in der Klasse auf deutliches Kommando, das auf der Straße zu hören war, wiederholt hätten.“

Wahr ist dagegen, daß die Schüler der Klasse Vb, die im Erdgeschoss liegt (Front zur ul. Waly Jagielski und plac Karmielicki) nach der dritten Unterrichtsstunde in der Pause im Sprechchor den Ruf „Hitzefrei“ ausstießen. So verlangten sie eine Befreiung von der letzten Unterrichtsstunde wegen der Hitze. Das war ein strafwürdiger Unfug, der jedoch im Schulwesen nichts Außergewöhnliches darstellt: die Schüler sind sofort mit Arrest bis 1.30 Uhr mittags bestraft worden.

Der Gewährsmann des Blattes hat sich nicht die Mühe gegeben, genau hinzuhören, welche Worte die Schüler sagten, und er ist auf dem Wege der Klangähnlichkeit (Hitzefrei — Hitler Heil) zur Konstruktion eines schändlichen und unverdienten Vorwurfs gegen das Deutsche Gymnasium gekommen.“

